

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mtl. bei Selbstabholung 5.50 Mtl. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mtl. für einen Monat 5.— Mtl. Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — Poststraße 10 Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13893. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7spaltige Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mtl. bei Platzvorkauf 2.30 Mtl., Familiennachrichten für die Zeile 1.70 Mtl. Reklame-Kolonelle 7.50 Mtl. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die dauerhafte Regierungskrise.

Die Regierungskrise.

Berlin, 10. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die unter Berliner Korrespondent ersicht, wird eine Lösung der Regierungskrise vor Mitte der nächsten Woche nicht zu erwarten sein. Die Unabhängige Parteiliste hat den Reichspräsidenten wissen lassen, daß sie eine Entscheidung über ihre Teilnahme an der Regierung vor Ende der Woche nicht fällen könnte, da die meisten Parteigenossen noch nicht in Berlin anwesend sind, die diese Frage zu entscheiden haben. Neben die Tatsache der Ablehnung kann allerdings kaum noch ein Zweifel bestehen. Die Regierung wird dann wahrscheinlich durch den Zentrumsdirektor Trimborn gebildet werden und sich auf eine rein bürgerliche Reichsregierung beschränken müssen, da die Sozialdemokraten immer energischer eine Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung ablehnen. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß auch einzelne sozialdemokratische Kreise sich lebhaft für die Bildung einer Koalitionsregierung von Stresemann bis Scheibemann einsetzen.

In der Freiheit, nimmt unter dem Titel: Die einsame Wagnerschaft Genosse Rudolf Breitscheid nochmals zur Frage der Regierungsbildung Stellung. Er erklärt als einzige Lösung, die Regierung gebildet aus den bürgerlichen Parteien. „Der bürgerliche Block wird dem politischen und wirtschaftlichen Leben der Arbeiterbewegung sicherlich sehr große Schwierigkeiten bereiten, befreit aber in unseren Augen doch einen großen Vorzug, da er das Proletariat nicht notwendigswürde in eine soziale Kampflinie zwängt.“ Sehr viel freilich hängt davon ab, ob die Reichssozialisten, wenn sie in Opposition getreten sind, mit und gemeinsam, alles tun wollen, um das Selbstbewußtsein und den Kampfwillen der Arbeiterklasse zu heben und die proletarischen Massen in ihrem räuberischen Widerstand gegen den Ansturm der Gegenrevolution zu befestigen, auf jeden Fall aber kann es sich bei einer bürgerlichen Regierung nur um einen Übergang handeln; sie wird voraussichtlich wesentlich dazu beitragen, daß aus der halben Revolution bald eine ganze gemacht wird.“

Ein Glückwunsch zu den Wahlen aus Frankreich.

Die Sozialisten des Seine-Verbandes an die Unabhängige Sozialdemokratie.

Berlin, 10. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Allfr. Abendblatt meldet aus Paris: Die Sozialdemokraten des Seine-Departements haben gestern auf Antrag von Longuet beschlossen, ein Glückwunschtelegramm wegen des guten Wahlergebnisses an die deutschen Unabhängigen zu schicken. Der Antrag wurde abgelehnt, auf die Mehrheitssozialisten Rücksicht zu nehmen, wurde abgelehnt. Die Humanität begrüßt ebenfalls den glänzenden Sieg der Unabhängigen und hofft, daß diese mit den Kommunisten und den Ueberläufern der Mehrheitssozialisten einen festen Block zur Bekämpfung der Reaktion bilden können. Im übrigen steht die Humanität in dem unangenehmen Wahlausfall die Folgen der Auslegung des Friedensvertrages durch die Allierten. Das Blatt schreibt, es läßt die kommende Entwicklung Deutschlands aus dem sozialistischen zu einem militärreaktionären Staat voraus, ohne daß man die Entwicklung aufhalten könne. Die Niederlage der deutschen Sozialdemokratie, die hoffentlich nur vorübergehend sei, erlaube Frankreich Sozialisten mit Bedauern.

Nach einer Meldung der Deutschen Allgemeinen Zeitung aus Zürich soll übrigens Longuet in jener Sitzung des Seine-Verbandes auch einen Antrag beiläufig haben, der dahin laute, an die Kommunisten ein Glückwunschtelegramm zu senden.

Ein neuer Konflikt in Ungarn.

Berlin, 10. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Denkschrift aus Budapest unterm 9. Juni: Die Lage in Ungarn wird von Stunde zu Stunde kritischer, und der Kampf zwischen Nationalversammlung und Militär gestaltet sich immer bedrohlicher. Die Offiziere sind entschlossen, den Kampf gegen die Nationalversammlung aufzunehmen und die Bildung einer Regierung unter dem Vorsitz des Grafen Apponyi im Notfall durch einen militärischen Putsch zu vereiteln. Eine derartige Umbildung der Regierung wurde beschlossen, weil man in politischen Kreisen zu der Ansicht gelangt ist, daß dem terroristischen Treiben des Militärs ein Ende gemacht werden muß. Der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wird mit größter Spannung entgegen gesehen. Wenn die Regierung, die bereits seit vorgestern das verschärfte Standrecht verordnet hatte, nicht mit voller Garantie darauf rechnen kann, daß ihre Wünsche bezüglich der Auflösung der terroristischen Offiziersabteilung verwirklicht werden können, wird sie ihre Demission geben. Eine neue Regierung kann dann nur unter Mitwirkung der Sozialdemokraten gebildet werden, und dies wollen die militärischen Drahtzieher mit Gewalt vereiteln.

Es scheint demnach fast, daß einem Teil der blutigen Gegenrevolutionäre Ungarns vor den Folgen und der weiteren Fortsetzung ihrer eigenen Politik bange wird. Sie möchten die Gekerkerten

des weißen Terrors, die sie gerufen haben, wieder in die Kette beschließen, und merken nun mit Entsetzen, daß sie die Macht über sie verloren haben. Die Meldung zeigt deutlich, was alle früheren Absegnungen des blutigen weißen Schreckens durch die ungarische Regierung wert sind. Er ist so heillos, daß selbst die ungarische Regierung Angst vor ihm bekommt.

Welches übrigens die Beweggründe sind, die die ungarische Regierung zu ihrem Abtrüden von den Räten ihrer eigenen Leute bringen, das geht aus dem Bericht über eine Geheiminsignierung der ungarischen Nationalversammlung, die dieser Tage Ratigefundehat, hervor. Sie zeigt, daß die Mörderbande Porthis, die die Regierungsfessel drückt, den Bericht der Mission der englischen Arbeiterpartei fürchtet. Bekanntlich hat — wir haben es dieser Tage kurzverzeichnet — im Auftrage dieser Delegation der Oberst Wedgwood einen Bericht über die Beobachtungen in Ungarn erstattet, der die Schwere der weißen Schreckens gründlich ausbeutet. In dem erwähnten Geheiminsignierung der Nationalversammlung hat Graf Apponyi ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Enthüllung des Obersten Wedgwood Ungarn die größten Ungelegenheiten bringen werde, falls nicht sofort eine Änderung des Systems einträte.

Unter diese Ungelegenheiten dürfte der Herr Graf wahrscheinlich auch den Boykott rechnen, den der Internationale Gewerkschaftsbund über das Mörderbanden zu verhängen im Begriff ist.

Keine weitere Belegung deutschen Gebiets beabsichtigt.

Amsterdam, 9. Juni. Im englischen Unterhause fragte ein Mitglied, ob auf der Konferenz von Genua beschlossen worden sei, daß, wenn Deutschland es unterlasse, die Bestimmungen des Versailler Vertrags zu erfüllen, die Belegung durch die Allierten auf weiteres deutsches Gebiet ausgedehnt werde. Lloyd George erwiderte, diese Frage sei in Genua nicht erörtert worden. Die Politik der Allierten, wie sie in der Erklärung von San Remo festgelegt worden sei, habe sich nicht geändert. — Auf eine andre Frage sagte Lloyd George, die englische Regierung habe keine Mittelung der polnischen Regierung über Friedensverhandlungen mit der Sowjetregierung erhalten.

Eine deutsche Note gegen weitere Abrüstung.

Paris, 9. Juni. In einer Note hat Deutschland den Allierten mitgeteilt, daß es bis zum 10. Juli die Bestände seiner ständigen Armee nicht auf die im Versailler Vertrage vorgesehene Ziffer von 100 000 Mann reduzieren könne, und verlangt, die gegenwärtige Reichswehr, die aus 200 000 Mann besteht, behalten zu dürfen. Es verleiht, daß der Oberste militärische Rat von Versailles Deutschland ermächtigt habe seine Polizeibehörden zu erhöhen, nicht aber diejenigen seiner ständigen Armee.

Der Konflikt zwischen der französischen Regierung und der Beamtengewerkschaft.

Paris, 10. Juni. Die Regierung hat die Aufhebung des Beamtensyndikats und die Trennung der Beamtengewerkschaften von der Confederation Generale du Travail verlangt. Der Ausschuß des Zentralbundes der Beamtengewerkschaften hat einen Beschluß gefaßt, welcher bestimmt, daß die Beamtengewerkschaften ihren gegenwärtigen syndikalistischen Charakter behalten und eine Ausnahmebehandlung seitens der Regierung ablehnen. Gestern hat die Polizei in der Schriftleitung der Vie Dupriere eine Hausdurchsuchung abgehalten und Bücher und Material für Kalkulationen beschlagnahmt. Die Sozialdemokraten und Syndikalist, die unter Anklage gestellt sind, verweigern dem Untersuchungsrichter jede Antwort, weil sie nicht die Behandlung als politische Gefangene bekommen. Die sozialistische Presse tritt kräftig gegen den Feldzug der bürgerlichen Blätter ein, der auf lächerliche Entfindungen zurückzuführen sei.

Austritt des neuen italienischen Kabinetts.

Rom, 9. Juni. Infolge der ungünstigen parlamentarischen Lage hat das neugebildete Kabinett Nitti freiwillig, noch vor Beginn der Kammertagung, seinen Austritt beschlossen. Bei der Eröffnung der Kammer teilte Ministerpräsident Nitti zunächst die Neubildung des Kabinetts und die Zurückziehung des Dekrets über die Erhöhung des Brotpreises mit. Sodann überreichte er unter Hinweis auf die gegenwärtige parlamentarische Lage das Austrittsgesuch des Kabinetts. Die Mitteilung wurde von den Sozialisten mit Beifall aufgenommen. Die Minister bleiben nur noch im Amte, um laufende Geschäfte zu erledigen und die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten. Die Kammer ist nach einer kürzlichen Debatte, in deren Verlauf es zu Säufereien kam, bis zur Lösung der Ministertage verlagert worden.

Das Ausland und die Wahlen.

Mit genau der gleichen Spannung wie das deutsche Volk selbst wartet das Ausland auf das Ergebnis der Wahlen vom 6. Juni. In den Leitartikeln ihrer Chefredakteure hatten am Wahntag selbst zum Beispiel die meisten schwedischen Zeitungen auf das Ereignis hingewiesen. In den spärlichen Pressestimmen, die bis zur Stunde aus Paris und London vorliegen, schwingt und zittert deutlich die Spannung zwischen den Zeilen, die der Kampf der Stimmzettel zwischen Rhein und Weichsel selbst in sehr entfernten Erdwinkel, vor allem aber an den Zentren des internationalen Betriebes ausgelöst hat.

Wirklich war der Juni-Sonntag nicht nur eine deutsche, sondern eine europäische Angelegenheit. Zwar hat der Friedensvertrag von Versailles aus dem früheren außerordentlich lebendigem Subjekt der internationalen Politik Deutschland ein zur vorläufigen Unbeweglichkeit verurteiltes Objekt imperialistischer Gellüste gemacht. Wie nach dem Dreißigjährigen Kriege steht das ehemals so mächtige Reich als klappernde Vogelscheuche unter den Nationen der Welt; Kapitalisten aller Herren Länder schmökern auf unsre Kosten oder gedenken es wenigstens noch für absehbare Zeiten zu tun. Aber die deutsche Bourgeoisie, dreifert auf jene typisch deutsche Weltbesessenheit und Großmannsucht, die sie sich in den bismarckischen und wilhelminischen Jahrzehnten eines allzu leichten imperialistischen Aufschwungs anezogen, angeschrien und angetoastet hatte, hat sich bisher auf diese harte Tatsache noch in keiner Weise innerlich eingestellt. Sie lebt noch immer mit ihrer Seele beim Berliner Kongress. Die bürgerliche Masse glaubt noch immer, daß es nur eines neuen Säkularmenschen aus dem Sachsenwald, der einfachen Neubeseelung des Bismarckischen Rückstieftiefs bedarf, um das Objekt wieder zum Subjekt des internationalen Geschehens zu machen. Vier Außenminister haben wir seit der Revolution in der Wilhelmstraße im Amt gesehen. Kein einziger, weder Solf noch Brodorski, noch Hermann Müller noch Dr. Köster, ist nicht genug gewesen, mit jener heroischen, aber fadenstehigen Illusion und mit jenem Traum des Bourgeois, der noch nicht einmal ein schöner ist, innerlich ganz zu brechen. Vielleicht war es ausgerechnet der Berufsdiplomat Brodorski-Kangau, der Graf wider Willen, der dem imperialistischen Röhlergruben, der noch immer wie dicker Nebelschaden über den bürgerlichen Gewässern liegt, schließlich für seine Person noch am meisten, wenn auch nicht völlig, abgeschworen hatte. Die andern aber, der breitspurige Afrikaner Solf, dann der hausbackene Herr Müller und der als Schöngeist sich blühende Doktor Köster stufen und stufen noch bis tief über die Ohren im Sumpf der bürgerlich-imperialistischen Befangenheit. Und bekanntlich sind die Don Quixottes, die sich selbst nicht erkennen, die aller schlimmsten.

Es bleibt also dabei: Zwar hat militärischer Bankrott, Verlegen der ökonomischen Kraftquellen, der Zwangsvertrag von Versailles die Raben wieder aufgeschreckt, daß sie um den Roffhäuser Fliegen und krähen. Aber eben deshalb hofft der Spießbürger wieder auf Barbarossas neue Herrlichkeit. Noch immer, genau wie vor und im Kriege, liegen wir auf dem Sprung, um partout die Welt am deutschen Wesen geneien zu lassen, wiewohl es ihr auch ohne uns ganz gut geht. Die alte Schale nur ist fern, gebüben ist uns doch der Kern. Statt ein für allemal auf alle die diplomatischen Kunstgriffe und Kräfte zu verzichten und sich ganz zu neuen Methoden einer Außenpolitik zu bekennen, die aus den Silberadern des Marxismus und dem Gedanken- und Gefühlreichum der Arbeiter-Internationale entspringen, und die allein, richtig angewandt, eine Veränderung des bestehenden Knechtszustandes versprechen, hat die deutsche Außenpolitik aus ihrem hundselenden Bankrott nichts gelernt, aber alles vergessen. Daher das gespannte Interesse des Auslandes an dem Resultat der Reichstagswahl, das ihm nur bestätigte, was es erwartet hatte. Die Pariser Humanität ließ sich von unserm Genossen Breitscheid über die Situation in einem längeren Artikel informieren. Im Pariser Populaire, dem Linkorgan der französischen Sozialisten, nahm der Führer Jean Longuet am Wahnsontag selbst in einem Leitartikel das Wort und kennzeichnete die ganze Lage vorausgehend mit einem Scharfsinn, den das jetzt vorliegende Resultat allzu sehr gerechtfertigt hat. Longuet weist insbesondere darauf hin, daß sowohl „die unentwegten Reaktionäre der deutschnationalen Partei als auch die opportunistischen Reaktionäre der alten nationalliberalen Gruppen, jetzt „Deutsche Volkspartei“ getauft, nach ihrer Verübung durch die Novemberrevolution und den Sturz der Hohenzollernmonarchie alle ihre frühere Freiheit wieder entdeckt zu haben scheinen.“ Und der Führer der fran-